

Chinesischer Wechselkurs bremsst die deutsche Exportwirtschaft aus

Staatliche Preissetzung

Vergleiche zu Mario Draghis Euro-Rede vom 26. Juli 2012, „was auch immer nötig ist“, sind naheliegend. Vorige Woche kündigte China eine Reihe von Maßnahmen an, um die stotternde Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen. Den Anfang machte die Pekinger Zentralbank mit der Ankündigung, ab sofort auch Aktien kaufen zu wollen. Ungewöhnlich war die Liveübertragung der Pressekonferenz.



von
Thomas Kirchner

„Der deutsche Maschinenbau hat die aus den USA abgewanderten Fabriken in China ausgestattet.“

Allein dies wird bereits als Signal gewertet. Am Tag danach kam dann eine Zinssenkung – wieder mal, die bisherigen sind wirkungslos verpufft. Am Donnerstag dann kündigte das Politbüro höhere Staatsausgaben an und versprach, ein weiteres Absinken der Immobilienpreise zu verhindern. Am Freitag versprach eine der wichtigsten Planungsbehörden eine Unterstützung des Privatsektors.

Fast zeitgleich hatte das Institut der deutschen Wirtschaft (IW-Kurzbericht 73/24) eine Aufwertung des Yuan gegenüber dem Euro gefordert. Die Begründung lautet: Die Erzeugerpreise in Deutschland sind seit 2020 um 40 Prozent angestiegen, in China aber nur vier Prozent. China habe deshalb Wettbewerbsvorteile, die es durch eine Aufwertung zunichte machen sollte. Deutlich wird das am gestiegenen Handelsüberschuss: „Wenn China darauf nicht zeitnah reagiert, müssen auch Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen in den Blick genommen werden.“ Das sind Strafzölle, die das IW nicht so nennt, denn es klingt zu sehr nach Donald Trump. Die waren 2018 dem IW noch ein Dorn im Auge, doch inzwischen wird vor Biden-Bashing wegen dessen China-Strafzöllen gewarnt.

Jetzt kommt als nächster Schritt die Forderung nach EU-Zöllen. Sachlich mag die IW-Argumentation richtig sein. Dumm ist nur: Rücknahme der Wettbewerbsvorteile würde ge-

nau das Gegenteil dessen bewirken, was Chinas Ankündigungen erreichen sollen. Letztlich zeigt das IW mit seiner Analyse nur die Schwierigkeiten auf, wenn statt Angebot und Nachfrage der Staat die Preise festlegt. Man findet eben immer eine Statistik, zu der das aktuelle Kursverhältnis nicht paßt. Ob die Zahl dann wirklich relevant ist oder nicht, kann man nicht im Elfenbeinturm bestimmen, sondern nur im Markt. China orientiert sich bei der Festsetzung der Bandbreite des Wechselkurses an einem Währungskorb, in dem der Dollar die Hauptrolle spielt. Die Behörden scheinen aber auch den japanischen Yen im Auge zu halten, denn Japan ist der wichtigste Konkurrent in den Exportmärkten.

Wegen der Schwäche des Yen in der ersten Jahreshälfte bis zum August war auch der Yuan schwach. Pünktlich zum Ende der Yen-Schwäche Anfang August reduzierte China auch den Wechselkurs des Yuan von 7,25 auf 7,15, aktuell sogar nur noch 7,01. Ein niedrigerer Kurs entspricht einem stärkeren Yuan, weil der Kauf eines Dollars weniger Yuan erfordert. Der chinesische Yuan ist also gegenüber Euro und Dollar bereits kräftig gestiegen, bleibt aber nach wie vor wettbewerbsfähig zum ebenfalls stärkeren Yen.

China wird weiterhin versuchen, seine Wirtschaft gesundzuexportieren. Der Wechselkurs spielt dabei für den Wettbewerb mit dem einstigen Exportweltmeister Deutschland eine Nebenrolle. Ausschlaggebend sind die hausgemachten Probleme hierzulande. Dazu kommt, daß Deutschland an der Produktionsverlagerung aus den USA nach China gut verdient hat – der deutsche Maschinenbau hat die Fabriken in China ausgestattet. Mit der Rückführung der Industrieproduktion in die USA ist diese Geldmaschine ausgetrocknet.

Rückzug von Mercedes vom deutschen Taxi-Markt zeigt Auswirkungen

Chauffeure ohne Stern

Von **Jörg Fischer**

In London waren es die altentümlichen Black Cabs, in New York Straßenkreuzer und in Deutschland jahrzehntelang Mercedes-Limosinen und -Kombis, die als Taxis unterwegs waren. Nicht billig, aber preiswert und passabel ausgestattet. Auch nach zehn Jahren ließen sich Gebrauchtexemplare mit dem Stern auf der Kühlerhaube noch verkaufen, denn die Motoren erreichten gepflegt Laufleistungen von über einer Million Kilometern. Doch dann kam die Dieselhatz und immer mehr teure Elektronik in die Fahrzeuge. Pfliffige Unternehmer hatten da schon längst den Toyota Prius+ entdeckt, der ebenso zuverlässig ist, aber bis zu sechs Fahrgäste oder viel Gepäck mitnehmen kann und als Hybrid im Stadtverkehr ein Benzinsparer ist.

Doch die Japaner stellten die Produktion 2021 ohne einen vergleichbaren und preiswerten Nachfolger ein. Aber die von einem Schweden geführte schwäbische Traditionsfirma nutzte nicht die entstandene Marktlücke, sondern sagte 2022 dem Taxi-Geschäft weitgehend ade. Ola Källenius setzt ganz auf seine riskante Luxusstrategie: Die neue Mercedes-E-Klasse wird nicht mehr als Taxi-Version angeboten – die erzielbaren Margen für die jährlich nur einige

tausend Taxi-Neuzulassungen sind dem Mercedes-Vorstand zu dünn. Zudem würden Taxis für jedermann dem neuen Edel-Image schaden. Auch die neuen Kleinbusse der V-Klasse müssen von Spezialfirmen nachträglich und kostenintensiv zu Taxis umgebaut werden. Die Folgen zeigen sich nun: Die Taxi-Zulassungen von Mercedes sind von Januar bis August von 1.730 auf 497 Fahrzeuge eingebrochen. Das ist ein Rückgang von 71 Prozent, rechnete die Frankfurter Analysefirma Dataforce vor.

Profiteure sind vorerst der Volkswagen- und der Toyota-Konzern, die mit ihren Modellen die ausscheidende Mercedes-Flotte ersetzen wollen. Tesla und andere E-Modelle sind für Taxi-Unternehmer nur bedingt und bei rein innerstädtischer Nutzung im Tagbetrieb eine Alternative. Denn wenn das Taxi am Ladekabel hängt, kann es kein Geld verdienen. Es gibt keine bezahlbaren Großraumfahrzeuge, und Fernfahrten scheiden aus. Und E-Autos kaufen kaum einer als Gebrauchtwagen. Das mußte die woke Konzernführung von Hertz oder Sixt nach hohen Abschreibungen auf ihre euphorisch eingekauften und reparaturanfälligeren E-Autos schon bitter erkennen.

Kriegerisches Erbsenzählen

Verteidigungsetat: Rechenspiele sollten die Sicherheitsinteressen Rußlands berücksichtigen



Indienststellung des IRIS-T-Systems bei der Flugabwehraketengruppe 61: Zweiter Bundeswehr-Schuldenfonds?

DIRK MEYER

Das wußten schon Platon und die alten Römer: Si vis pacem para bellum. Das Sprichwort „Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor“ ist spätestens seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine wieder hoch aktuell. Es wird daher auch von den Autoren der Studie „Kriegstüchtig in Jahrzehnten: Europas und Deutschlands langsame Aufrüstung gegenüber Rußland“ des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) angeführt, in der das Wort „Krieg“ 111 mal, das Wort „Frieden“ hingegen nur sechsmal fällt (Kiel Report 1/24). Hauptziel des Berichts sei es, „den politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit sachliche Informationen an die Hand zu geben, damit sie die Herausforderung, vor der sie stehen, richtig einschätzen können.“

Das Ergebnis in Kurzfassung: Es hat nach der Bundestagsrede von Kanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 keine „Zeitenwende“ stattgefunden. Die derzeitige Lage, die angestoßenen Beschaffungen und die geplanten Haushaltsmittel für Verteidigung werden der Bedrohungslage durch Rußland in keiner Weise gerecht. Zwei Vergleichsmaßstäbe führt das vierköpfige internationale Autorenteam als Beleg an. Zum einen vergleichen sie die Zahl deutscher Militärgeräte mit den russischen Kapazitäten und Rußlands steigender Produktion. Danach seien die russischen monatlichen Produktionsraten derzeit so hoch, daß sie den gesamten deutschen Bestand an Waffensystemen in etwa einem halben Jahr auffüllen könnten.

Zählt die Verteidigungsindustrie zu den nachhaltigen Investitionen?

Ein Hinweis auf unterschiedliche Qualitäten der Waffen und das Problem der Rekrutierung ausgebildeter Soldaten unterbleibt hier. Zum anderen werden die durchschnittlichen Beschaffungen der letzten zwei Jahre dem Abstand zwischen den heutigen deutschen Materialbeständen und jenen vor 20 Jahren gegenübergestellt. Danach wird es Jahrzehnte dauern, um bei der derzeitigen Beschaffungsgeschwindigkeit ähnliche Kapazitäten wie 2004 aufzubauen (Kampfflugzeuge 14 Jahre, Kampfpanzer 42 Jahre, Hauptbitzen 97 Jahre). Notwendige Stukturverschiebungen bei der Beschaffung aufgrund neuer Technologien im Sinne von Droh-

nen statt Flugzeugen und Panzern bringen diesen Vergleich jedoch in die Nähe eines Erbsenzählens.

Die zentralen Empfehlungen lauten: beschleunigte Bestellungen und Aufstockung des Rüstungsbudgets. Neben einer sofortigen und dauerhaften Erhöhung des Verteidigungshaushaltes (Einzelplan 14) für Ausrüstungsinvestitionen von 52 auf 80 Milliarden Euro wird spätestens ab 2027 ein zweiter Bundeswehr-Schuldenfonds – das erste „Sondervermögen“ betrug 100 Milliarden Euro – gefordert. Zusätzlich soll zur Finanzierung der europäischen Luftverteidigung (Sky Shield) ein „EU-Sondervermögen“ auf Kredit errichtet werden, was den Europäischen Verträgen mehrfach widerspricht. So schließt der EU-Haushalt sowohl eine Schuldenfinanzierung aus (Art. 310 AEUV) wie auch „operative Ausgaben“ zur Beschaffung von militärischer Ausrüstung (Art. 41 Abs. 2 EU-Vertrag).

Abgesehen von den drohenden Lasten aus der Energiewende, einer Modernisierung der Infrastruktur und steigenden Sozialkosten dürfte diese Zusatzfinanzierung politisch kaum tragfähig sein. Gleichzeitig verweisen die Autoren zu Recht auf mögliche Einsparpotentiale: Drohnentechnologie statt Panzer, Flugzeuge und Fregatten; wettbewerbliche Vergabe statt nationalen Protektionismus; Massenproduktionsvorteile durch europäisch-kooordinierte Produktion; statt Goldrandlösungen eine Standardisierung der Ausrüstung. Hinzuweisen ließe sich eine verbesserte Einsatzfähigkeit der Waffensysteme, die derzeit im Schnitt nur zu 75 Prozent einsatzbereit sind.

Ein großes Thema ist zudem die Bürokratie in der Truppe, die der Flexibilität und präzisen Anforderungen entgegenläuft. Insofern sollte die Meßlatte nicht in reiner Orientierung an den Inputs, sondern besonders an den Outputs, sprich der Leistungsfähigkeit liegen. Kritisch ist die indirekte Forderung der Autoren zu sehen, die Verteidigungsindustrie mit in die ESG-Investitionen (Nachhaltigkeitskriterien) aufzunehmen, um den Zugang zu Kapital zu verbessern. Eine „Heiligsprechung“ würde den Begriff „Environmental, Social and Corporate Governance“ vollständig aushöhlen und den Bock zum Gärtner machen. Die Pointe: 2023 spendete Rheinmetall als Produzent von Panzern, Geschützen und Munition 20.000 Euro für Schulranzen von ukrainischen Kindern.

Mit dem Ziel, die Stückkosten durch höhere Produktionszahlen zu senken, werden auch Exportbeschränkungen in Frage gestellt. Werden hier politisch-humanitäre Absichten ökonomischen Erwägungen geopfert? Die IfW-Studie steht und fällt

jedoch mit ihrer Grundannahme: Einer wahrgenommenen Bedrohungslage ist mit Kriegstüchtigkeit, also massiver Aufrüstung zu begegnen. Indem die Autoren eine gegenwartsbezogene Analyse vornehmen, bleibt der Blickwinkel auf die aktuelle völkerrechtswidrige russische Aggression beschränkt.

Nato ist bei den Militärausgaben schon heute haushoch überlegen

Eine ganzheitlichere Betrachtung hätte die Nato-Erweiterung mit 14 neuen Staaten als mögliche Bedrohungslage aus russischer Sicht und die Weigerung einer Verzichtserklärung auf den Beitritt der Ukraine seitens der Nato ansprechen können. Der Mitgliedswunsch eines freien Landes ist die eine Seite, die Weigerung eines Bündnisses zur Aufnahme aus Gründen der (friedlichen) Koexistenz die andere. Würde die „Friedensdividende“ – Schätzungen für Deutschland gehen von 350 Milliarden Euro aus – damit leichtfertig aufs Spiel gesetzt?

Auch wird dem Status quo unzureichend Rechnung getragen. Der Kriegsverlauf, der Abzug russischer Streitkräfte von der finnischen Grenze und die massiven Verluste an Menschen und Material auf russischer Seite stellen eine vermeintliche Bedrohungslage von Nato-Gebiet zumindest derzeit in Frage. Gleiches gilt für den Rüstungsinput: 2023 betrug die offiziellen Militärausgaben der USA 916 Milliarden Dollar – in China waren es umgerechnet nur 296 Milliarden Dollar, in Rußland 109 Milliarden, in Großbritannien 75 Milliarden, in Deutschland 67 Milliarden, in der Ukraine 65 Milliarden und in Frankreich 61 Milliarden.

Die Nato-Militärausgaben übersteigen jene Rußlands nominal um mehr als das Zwölfwache. Ein Blick auf die Rüstungsspirale des Kalten Krieges zeigt das sogenannte Sicherheitsdilemma. Es ist die paradoxe Situation, in der das Streben nach mehr Sicherheit durch Aufrüstung letztlich zu einer verstärkten politischen Instabilität führt, die in Krieg münden kann. Vielleicht sollte deshalb auch besser von Verteidigungs- statt Kriegstüchtigkeit gesprochen werden. In der aktuellen Situation könnte man daher fordern: Wenn du den Krieg nicht willst, bereite den Frieden (wieder) vor.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Kiel Report 1/24: www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kiel-military-procurement-tracker-33233

Arbeiten Sie in einer der spannendsten Redaktionen der Hauptstadt. Was Sie erwartet? Interessante Aufgaben und Kollegen. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

WIR SUCHEN AB SOFORT

- ▶ Redakteursvolontär/-in
- ▶ Mediengestalter/-in Schwerpunkt Print
- ▶ Redakteur/-in Print/Online

Weitere Informationen unter: jf.de/stellenangebote
Telefonische Rückfragen unter: 030-86 4953 - 88



JUNGE FREIHEIT
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.

Die JF stellt ein

Wir haben viel vor.
Mit Ihnen.

jf.de/stellenangebote

Chance
nutzen –
jetzt
bewerben